

Bericht über die Bürgerversammlung in Estenfeld und Mühlhausen



30 Millionen Investitionen in die Zukunft

Nachdem im vergangenen Jahr die Bürgerversammlungen ausfallen mussten, freute sich Bürgermeisterin Rosi Schraud die Bürgerinnen und Bürger von Estenfeld und Mühlhausen wieder in Präsenz begrüßen zu können. Gleichzeitig nutzte sie die Gelegenheit, den am 15.3.2020 neu gewählten Gemeinderat vorzustellen. Der neue Gemeinderat besteht seit der Kommunalwahl aus 20 Gemeinderäten plus Bürgermeisterin und setzt sich aus 10 erfahrenen und 11 neuen Mitgliedern zusammen. Deshalb nahm sich das Gremium im vergangenen Jahr jeweils einen Abend, um die neuen Kolleginnen und Kollegen über die anstehenden Großprojekte zu informieren.

Und davon gibt es einige, wie Bürgermeisterin Schraud zu berichten hatte. Aber zuerst dankte sie den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Verständnis und ihr Mitwirken im vergangenen Jahr bei den durch die Coronasituation nötigen Einschränkungen. Sie bedankte sich bei den Vereinen für deren große Anstrengung, mit der sie in dieser Zeit das Vereinsleben aufrechterhielten. Außerdem freute sie sich, dass 2020 und 2021 für die Estenfelder und Mühlhausener Kinder ein Ferienprogramm angeboten werden konnte und bedankte sich bei den Organisatoren. Einen ganz besonderen Dank sprach sie den Estenfelder Ärztinnen und Ärzten aus, durch deren Impfangebot die Anspannung in der Bevölkerung merklich sank. „Sie haben damit einen ganz erheblichen Anteil an der erfolgreichen Bekämpfung dieses Virus,“ so die Bürgermeisterin.

Auch im Rathaus gab es Zugangsbeschränkungen. Dennoch konnten für die Bürgerinnen und Bürger die Verwaltungsleistungen aufrechterhalten werden. Im September 2021 war schließlich noch die Bundestagswahl von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung abzuwickeln. Von 4.204 Wahlberechtigten haben 2.717 Briefwahl beantragt. Das entspricht 64,6 % der Wählerinnen und Wähler. Bürgermeisterin Schraud bedankte sich bei der Verwaltung, die dennoch die zahlreichen Projekte, die der Gemeinderat beschlossen hatte, zusätzlich abwickelte. Einen weiteren Dank sprach die Bürgermeisterin den Beschäftigten des Bauhofs, den Hausmeistern und Reinigungskräften sowie allen Gemeindebeschäftigten aus, „die dafür Sorge tragen, dass wir ein gutes und lebenswertes Umfeld vorfinden“.

Starkregenereignisse:

Bevor die Bürgermeisterin mit ihrem Bericht über die Entwicklung und die Haushaltslage der Gemeinde begann, sprach sie von weiteren große Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Der Klimawandel wird in den kommenden Jahren immer häufigere Starkregenereignisse mit sich bringen. Deshalb begrüßte sie zu diesem Thema Herrn Christian Horn vom Ingenieurbüro Horn aus Eibelstadt. Herr Horn informierte die Bürgerinnen und Bürger, was die Gemeinde in der Zukunft tun kann und was bereits in der Planung ist. Für die meisten gemeindlichen Maßnahmen ist ein Grunderwerb nötig. Sodass die Umsetzung oftmals vom Verkaufswillen der Eigentümer abhängt. Herr Horn teilte ebenfalls mit, was jeder Einzelne tun kann, um sich vor den Auswirkungen zu schützen. Lt. Herrn Horn sind die öffentlichen Entwässerungseinrichtungen nach dem Bemessungsregen berechnet. Der private Grundstückseigentümer ist gemäß der Entwässerungssatzung der Gemeinde Estenfeld dazu verpflichtet, sich gegen Rückstau selbst zu schützen. Herr Horn gab verschiedene Beispiele und erklärte die Funktionsweise für Rückstaueinrichtungen, für die regelmäßige Wartungen erforderlich sind. Er machte darüber hinaus aufmerksam, dass bei Fehlen einer Rückstausicherung die Versicherung nicht mehr greift und somit im Schadensfall Zahlungen verweigern kann. Ebenfalls sind lt. Satzung die privaten Abwasserleitungen alle 20 Jahre zu prüfen und ggf. zu sanieren. Auch kann die Erhöhung der Einfassung von Lichtschächten schon eine zielführende Maßnahme sein, um sich vor Wassereintritt zu schützen. Fazit: Nach dem Wasserhaushaltsgesetz ist jeder dazu verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Bericht über die Haushaltslage und geplanten Investitionen:

Danach begann Bürgermeisterin Schraud mit ihrem Bericht. Sie erklärte, dass die Gemeinde Estenfeld in den nächsten Jahren enorme Investitionen vor sich hat. Zu aller erst sind natürlich die Pflichtaufgaben einer Gemeinde umzusetzen, wie z.B. bei den **Kinderbetreuungseinrichtungen und der Schule**. Alleine für diese beiden Maßnahmen müssen in den nächsten Jahren **ca. 30 Mio. im Haushalt** zur Verfügung gestellt werden. Kein Gemeinderat zuvor beschloss Maßnahmen dieses finanziellen Ausmaßes.

Weitere nötige Investitionen sind in die Wasser-, Kanal- und Straßensanierung u.a. für den I. Sanierungsabschnitt der Konrad-Adenauer-Straße (BA 1 und 2) mit rund 1,8 Mio. € eingeplant. Für den I. Bauabschnitt des Bürgerparks sind rund 1,3 Mio. € vorgesehen. Wann die Sanierungen in der Weiße Mühle im Bereich der Umkleiden, Duschen und im Technikgeschoss umgesetzt werden können, wird die zukünftige Haushaltslage zeigen. Für diese Maßnahmen sind rund 3 Mio. € nötig.

Die Bürgermeisterin fuhr fort, dass die Gemeinde Estenfeld z.Zt. eine noch erfreulich gute Haushaltslage habe. Jedoch werden bereits ab dem HH-Jahr 2023 Kredite benötigt werden. „Daher ist es wichtig,“ mahnte die Bürgermeisterin, „dass der jetzige Gemeinderat die Steuereinnahmen sorgfältig und wohl überlegt einsetzt und manches Wünschenswerte evtl. auch zurückgestellt werden muss.“

Anhand einer Powerpoint-Präsentation gab sie einen Überblick über die Zahlen und Fakten:

Die Haushaltsentwicklung in Estenfeld stieg in den vergangenen Jahren stetig. Waren es 2020 noch rd. 21,8 Mio. € Gesamtvolumen, sind es im Haushaltsjahr 2021 bereits rd. 27,5 Mio.€. Ob die Haushaltsansätze, die im Verwaltungshaushalt eingeplant wurden, alle ausgegeben bzw. beauftragt und verbaut werden können, hängt mittlerweile davon ab, in wie weit Planer und ausführende Firmen beauftragt werden können.

Die Gewerbesteuererinnahmen fielen 2020 mit 7,5 Mio. € besser als angenommen aus. Allerdings sind diese im Haushaltsjahr 2021 rückläufig, da bisher erst 4,8 Mio. € eingenommen wurden.

Auch die Einkommenssteuer war leicht rückläufig, stellt aber mit 3,3 Mio. € nach wie vor ein gutes und verlässliches Steueraufkommen dar.

Bei den Ausgaben ging Bürgermeisterin Schraud auf die größten Posten des Sach- und Betriebsaufwands ein und erläuterte diese.

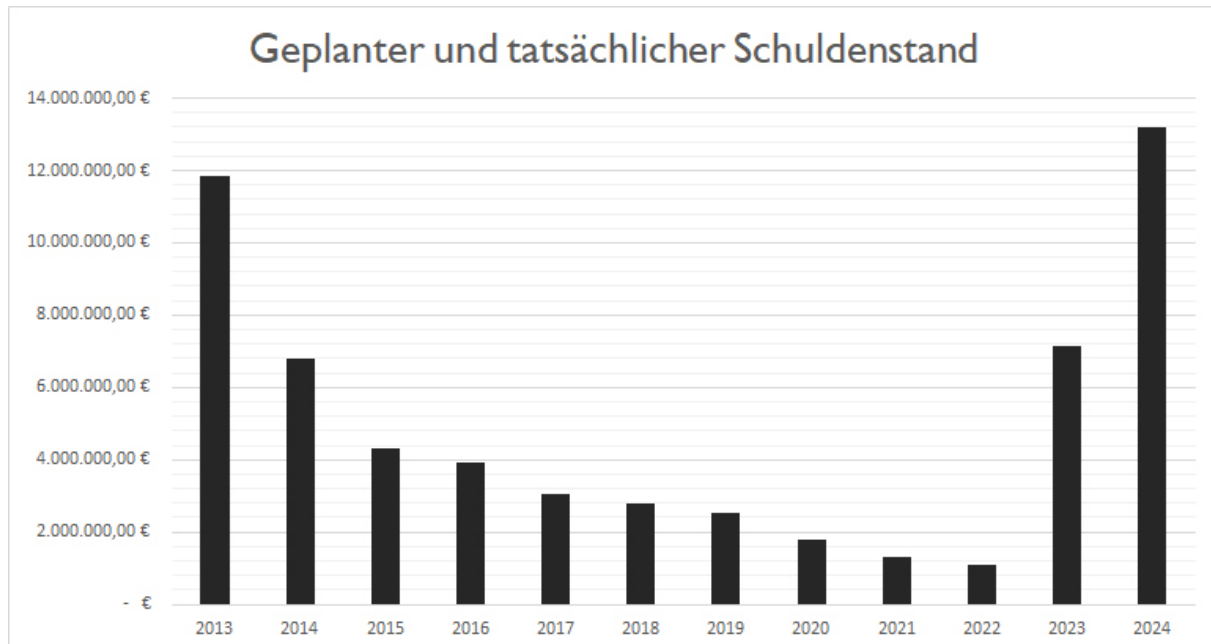
Als eine erfolgreiche und positive Maßnahme für Schülerinnen und Schüler der Mittelschule bezeichnete Bürgermeisterin Schraud die Gründung des neuen Schulverbands Pleichach-Kürnachtal. Durch die Zusammenlegung der Schulstandorte, den die Schülerinnen und Schüler aus den Gemeinden Estenfeld, Kürnach, Prosselsheim, Unter- und Oberpleichfeld sowie Bergtheim und Hausen besuchen, konnte eine Verbesserung des Schulalltags gelingen. Die Schülerinnen und Schüler müssen nicht mehr während des Unterrichts zu den jeweiligen Schulstandorten gefahren werden. Sie bedankte sich ausdrücklich bei Rektor Jens Dietzsch, durch dessen Engagement das Zusammenwachsen der Schulfamilie maßgeblich unterstützt wurde. Auch eine positive finanzielle Auswirkung hatte die Zusammenlegung für die Gemeinden. Waren im Schulverband Kürnachtal im Jahr 2019 noch 118 TSD € von Estenfeld aufzubringen, sind die Umlagekosten nun auf 66 TSD € gesunken, da sich nun die Umlagekosten auf mehrere Gemeinden verteilen.

Die Vereinsförderung wurde verdoppelt und liegt nun bei 82.000 €. Bürgermeisterin Schraud freute und bedankte sich beim Estenfelder Gemeinderat, der ihrem Vorschlag gefolgt war, die Vereine aufgrund der Coronaauswirkungen besser zu unterstützen.

Bei den nächsten Folien ging Bürgermeisterin Schraud auf die geplanten Investitionen ein. Sie informierte, dass die Pro-Kopf-Verschuldung auch 2021 wieder verringert werden konnte und mit 333,18 € weit unter dem Landesdurchschnitt (671 €) liegt.

Auch die Tilgungen alter Darlehen waren wieder möglich und sind bis 2024 endgültig getilgt. Jedoch kommen bereits 2023 neue Schulden hinzu.

Bürgermeisterin Schraud verwies auf die wohl wichtigste Folie, bei der die **Schulden von 2013 bis 2024** aufgezeigt wurden. Sie stellte sehr deutlich den Unterschied zwischen den Investitionen 2013 und 2023 heraus. 2013 wurden die Investitionen in ein Neubaugebiet und in ein Gewerbegebiet getätigt. Die damaligen Befürchtungen hinsichtlich der Überschuldung der Gemeinde haben sich nicht bestätigt. Das Gegenteil war der Fall. Diese Investitionen haben Früchte getragen und der Gemeinde in den vergangenen Jahren den entsprechenden finanziellen Handlungsspielraum gegeben. Gleichzeitig konnte eine **Rücklage in Höhe von 14 Mio.** gebildet werden. Diese wird sich aufgrund der geplanten Investitionen in die Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Schulhausbau jedoch sehr schnell aufzehren.



Weiter erklärte sie: **2013** handelte es sich um sogenannte „rentierliche“ **Schulden**, weil es durch die **Grundstücksverkäufe** einen **finanziellen Rückfluss** gab. Bei den geplanten **Schulden ab 2023** wird es jedoch **keinen finanziellen Rückfluss** geben. Diese Investitionen werden in den Gebäudebau getätigt. Dadurch erhält die Gemeinde einen Sachwert, der aber wiederum einen Gebäudeunterhalt nach sich ziehen wird. Diesen darf man bei der HH-Betrachtung nicht vergessen. Der Abbau der neuen Schulden ab 2023 wird sich daher sehr langfristig gestalten. „**Dessen müssen wir uns bewusst sein und ich sage es daher noch einmal - der jetzige Gemeinderat muss sorgsam und verantwortungsvoll mit dem Mitteleinsatz umgehen.** Es sind riesige Aufgaben, die er zu bewältigen hat. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Rückführung der Schulden durch vernünftiges und diszipliniertes Handeln sowie kluge Entscheidungen auch gelingen wird“, stellte Bürgermeisterin Schraud fest.

Geplante Baumaßnahmen:

Anschließend erläuterte die Bürgermeisterin Projekte, die seit der letzten Bürgerversammlung fertiggestellt wurden, und ging auf die Maßnahmen ein, die in der Planung sind.

Hierbei erklärte sie detailliert die Baumaßnahmen der Kita in der Wilhelm-Hoegner-Straße (ca. 6 Mio. €) und die Baumaßnahme Grundschule, Kindergarten und Hort in der Riemenschneiderstraße (ca. 23,5 Mio. €). Es wird seitens der Verwaltung mit einer Förderung für beide Projekte in Höhe von ca. 12 Mio. gerechnet. Die verbleibenden 18 Mio. sind jedoch aus dem Gemeindehaushalt zu finanzieren. Weiter informierte die Bürgermeisterin über den Genehmigungs- und den geplanten Ausführungszeitraum. Eine große Herausforderung stellt die zeitliche Abstimmung der beiden Maßnahmen dar, da die Nutzung der Gebäude unweigerlich miteinander verzahnt sind. Deshalb waren von Beginn an die Nutzer (Kindergarten, Kinderkrippe und Schule) in die Planungen eingebunden. Bürgermeisterin Schraud dankte Rektor Schneider und der Hortleitung, Frau Weber für die konstruktiven Gespräche und deren Verständnis, dass es während der Bauzeit des 1. und 2. Bauabschnitts wieder zu räumlichen Engpässen kommen wird. Die damit verbundenen Belastungen müssen daher von allen getragen werden.

Abschließend informierte die Bürgermeisterin noch über weitere Maßnahmen, die im Haushalt vorgesehen sind. Hier freute sie sich insbesondere über das Projekt „Verbindungsstraße Untere Ritterstr./Riemenschneiderstr.“, welches das Verkehrs-Chaos am Rathaus beenden und für alle Verkehrsteilnehmer, besonders aber für die Kinder, mehr Sicherheit bieten wird.

Danach berichtete Bürgermeisterin Schraud über den Antrag eines Bürgers zur Aufhebung der Räum- und Streupflicht. Sie erklärte, dass das Räumen und Streuen eine gesetzliche Pflicht nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz ist. Die Kommunen übertragen diese im Bereich der Gehwege und bei fehlendem Gehweg 1 m des angrenzenden Straßenraums auf die Grundstückseigentümer. Dies wurde in der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Estenfeld umgesetzt. Eine Änderung der Satzung kann nur vom Gemeinderat beschlossen werden. In einer der nächsten Sitzungen wird der Antrag beraten.

Des Weiteren teilte die Bürgermeisterin mit, dass der Bürgerbus sein 10jähriges Jubiläum feiern konnte und weitere ehrenamtliche Fahrer gesucht werden. Erneut stellte sie fest, dass das Mitfahrangebot für ALLE Bürgerinnen und Bürger besteht. „Wenn Sie Ihr Fahrzeug stehen lassen und mit dem Bürgerbus zum Einkaufen fahren, schonen Sie außerdem die Umwelt“, meinte die Bürgermeisterin.

Nun hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit Fragen zu stellen:

Fragen von Bürgern aus Estenfeld:

Herr Günter Heller äußerte seine Bedenken, dass die Rohre den Klimaveränderungen und den höheren Einwohnerzahlen nicht standhalten könnten. Zudem sei das Kanalnetz zum größten Teil aus den 70er Jahren. Seine weitere Befürchtung ist, dass Estenfeld für das Kürnacher Niederschlagswasser mit bezahlen müsste. Zudem wird bei jeder Neuerschließung eines Wohnhaus und Gewerbebetriebes ein Trennsystem vorgeschrieben, so dass nur das Abwasser aus den Sanitäreinrichtungen an das Kanalnetz angeschlossen ist. Das Regenwasser muss über ein Regenrückhaltebecken entwässert werden. Herr Horn fügte an, dass man bei der damaligen Planung der Kanäle von einer großen Entwicklung der Gemeinde ausgegangen sei, und hat diese damals schon entsprechend groß ausgelegt. Eine Überrechnung des aktuellen Kanalnetzes hat ergeben, dass dies weiterhin ausreichend ist. Zu den Abwassergebühren teilte Bürgermeisterin Schraud mit, dass diese aktuell vom Entwässerungsbetrieb der Stadt Würzburg für alle Mitgliedsgemeinden anhand des tatsächlichen Trinkwasserverbrauches abgerechnet werden.

Herr Erhard Binner erkundigte sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Öffnung der Wilhelm-Hoegner-Straße. Bürgermeisterin Schraud erklärte, dass die erste Auslegung im Bebauungsplan abgeschlossen und die Anregungen und Einwände eingeflossen sind. Es steht noch die Auswertung der Verkehrszählung aus, die ebenfalls in die Planung einfließen wird. Danach wird die zweite Auslegung vorbereitet.

Herr Christof Schmachtel sprach sich für die Beschaffung eines E-Autos und eines E-Lastenfahrrads aus. Hinsichtlich des Klimawandels wäre dies ein Beitrag zur Senkung des CO₂ Ausstoßes. Weiter fragte er nach dem Sachstand zum Ausbau des Radwegs nach Rottendorf. Bürgermeisterin Schraud erklärte, dass verschiedene Möglichkeiten, wie z.B. der Einbau einer Schrankenanlage geprüft wurden. Aktuell wird eine Ausbauvariante von einem Ingenieurbüro geprüft, die die Befahrung für PKWs erschweren soll.

Weiter gab es eine Anfrage von Herrn Maxi Krüger zum 2. Bauabschnitt des Bürgerparks. Bürgermeisterin Schraud erwiderte, dass dies von den finanziellen Mitteln der Gemeinde abhängt, nachdem die aktuell geplanten Investitionen sehr viele HH-Mittel binden.

Frau Ursula Böhm erkundigte sich nach dem jetzigen Stand hinsichtlich der Chlorung des Trinkwassers. Bürgermeisterin Schraud erklärte, dass das gesamte Versorgungsgebiet der WWE betroffen ist. Aktuell sind in Estenfeld keine Befunde zu verzeichnen. Eine Freigabe durch das Gesundheitsamt steht jedoch noch aus.

Herr Karl Müller drückte seine Bedenken zu den hohen Kosten für die Neubauten der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Schule aus und fragte nach, wie es mit der CO2-Bilanz aussieht.

Bürgermeisterin Schraud versicherte, dass bei der Planung des Neubaus auch auf die Senkung von CO2 geachtet wurde. So wird das neue Schulgebäude z. B. mit viel Holz ausgestattet, welches CO2 bindet. Weiter wird ein Neubau viele energetische Einsparungen durch neue Techniken bringen. So werden z. B. auf dem Dach Solarplatten installiert.

Frau Christine Weber äußerte den Wunsch, an den Friedhöfen zusätzliche Container für Plastikmüll aufzustellen.

Sowohl Herr Paul Baureis, als auch Frau Gertrud Behrendt schlugen vor, die Bordsteine barrierefrei abzusenken und wiesen auf die teils kaputten Gehwege hin. Bürgermeisterin Schraud versicherte den Zustand der Gehwege kurzfristig prüfen zu lassen.

Fragen von Bürgern aus Mühlhausen:

Herr Walter Bausenwein wünscht sich in Estenfeld bzw. Mühlhausen mehr Kultur. Laut Bürgermeisterin Schraud könne die Gemeinde „nur“ die Rahmenbedingungen schaffen. Es braucht daher Ehrenamtliche, die bereit sind, wie z.B. in anderen Gemeinden eine „Kulturwerkstatt“ oder ein „Kulturstüberl“ zu organisieren und zu betreiben. Die Räume würden von der Gemeinde hierfür zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde unterstützt Vereine gerne mit einer Vereinsförderung.

An der Abfahrt von der B 19 nach Mühlhausen sollte es nach Herrn Ralf Knüttel ein Stoppschild errichtet werden. Außerdem wäre es sinnvoll die Beschilderung mit dem Hinweis „Richtung Würzburg“ zu ergänzen.

Herr Klaus Hehn wollte den Sachstand zur Planung für die Errichtung von Windkraftanlagen erfahren. Weiter wurde von Herr Berthold Schneider nach dem Zeitplan für die Errichtung des Lärmschutzes an der A 7 gefragt. Der steigende Pegelstand an der Pleichach, der durch den Biber verursacht wird, war ebenfalls ein Thema.

Eine Direktanbindung am Nachmittag von der Wolffskeel-Realschule für die Schülerinnen und Schüler aus Mühlhausen wäre für Herr Marcus Hündgen wünschenswert.

Auch interessierte die Mühlhausener Bürgerinnen und Bürger, wie es mit der Gaststätte Weiße Mühle weitergehen wird.

Der fertiggestellte Rad- und Wirtschaftsweg wurde positiv bewertet. Allerdings sollte, laut Herr Peter Heinrich, im Kurvenbereich eine Beschilderung angebracht werden, um darauf aufmerksam zu machen, dass mit landwirtschaftlichem Gegenverkehr zu rechnen ist.

Herr Michael Zürn teilte mit, dass die gefahrene Geschwindigkeit in der Hauptstraße zu hoch ist. Daher soll die Verkehrsüberwachung vermehrt eingesetzt werden.

Bürgermeisterin Schraud gab Antwort auf die jeweiligen Fragen und griff die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auf.